

Grünes Wachstum oder Wachstumsunabhängigkeit?

Nach der Corona-Krise braucht die Wirtschaftspolitik eine neue Richtung

von Leon Leuser

Flughäfen, auf denen fast kein Betrieb herrscht. Deutlich geringere Verkehrs- und Stauzahlen. Nie dagewesene Rückgänge in der Luftverschmutzung und an klimaschädlichen Emissionen. Weltweit, könnte man meinen, hat in den vergangenen Monaten eine ökologische Wende eingesetzt. Leider wurden diese Effekte ausgelöst von Maßnahmen gegen das Corona-Virus. Sie führen schon heute zu gravierenden Einschränkungen und werden wohl auch in absehbarer Zukunft für viele Menschen deutliche Einbußen mit sich bringen. Eine globale Rezession wird erwartet. Von einer sozial nachhaltigen ökologischen Wende kann also keine Rede sein. So wird ein Rettungs- und Konjunkturpaket nach dem anderen geschnürt, um den weiteren Absturz der Wirtschaft und damit noch stärkere soziale Auswirkungen abzufedern. Von verschiedenen Seiten werden große Hoffnungen in den Green Deal der Europäischen Kommission gesetzt. Damit verbunden werden Forderungen nach einer ökologischen Ausrichtung der Wirtschaftshilfen und einem „grünen“ Wiederaufbau der Wirtschaft.

Doch kann unsere Wirtschaft nach der Krise wieder wachsen, nur vielleicht „grün“? Ist ein solches Wachstum also mit weniger Ressourcenverbrauch und Emissionen möglich? Dies ist eine der großen, wenn nicht die größte Streitfrage zu Wirtschaft und Nachhaltigkeit in diesem Jahrhundert. Es geht um die Frage, ob eine so bezeichnete absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Rohstoffverbrauch möglich ist oder nicht. Absolute Entkopplung steht dabei für eine Reduktion des Rohstoffverbrauchs bei gleichzeitig weiterwachsender Wirtschaft. Gemessen wird dieses Wachstum mit dem Bruttoinlandsprodukt. Zwei Sichtweisen stehen einander hier gegenüber. Die einen glauben, dass durch technologische Entwicklungen wie die Digitalisierung und größere Anteile von Dienstleistungen an der Wirtschaft eine absolute Entkopplung möglich sei. Die Gegenseite bestreitet dies. Erstere versammeln sich unter den Schlagworten „Green Growth“ und „Green Economy“. Die Gegenseite ist in der Degrowth-Bewegung und in der Diskussion zur Postwachstumsökonomie zu finden.

Zuletzt bewegten sich die festgefahrenen Positionen partiell ein wenig aufeinander zu. In einem Projekt des Umweltbundesamtes diskutierten und forschten Vertreter*innen beider Standpunkte gemeinsam.¹ Am Schluss einigte man sich auf eine Position der Mitte. Beide Seiten mussten hierfür Konzessionen machen. Man stellte gemeinsam fest: Derzeit gibt es keinen wissenschaftlichen Beweis dafür, dass eine solche Entkopplung in Zukunft möglich ist. Ausschließen könne man dies jedoch auch nicht.

Basierend auf dieser Einsicht wurde eine „vorsorgeorientierte Postwachstumsposition“ entwickelt. Man plädierte für einen Umbau der Wirtschafts- und Sozialsysteme in Richtung einer „Wachstumsunabhängigkeit“. Denn derzeit stehen unsere Gesellschaften vor dem Problem, dass es ohne Wachstum nicht geht. Bleibe das Wachstum aus, drohe eine Abwärtsspirale, wie sie in Wirtschaftskrisen zu beobachten sei. Nur durch eine Unabhängigkeit vom Wirtschaftswachstum stünde beiden Optionen – weiteres Wachstum bei absoluter Entkopplung oder eine nicht wachsende Wirtschaft – die Zukunft offen. In Anbetracht der Dramatik gegenwärtiger Umweltprobleme sollten sich unsere Gesellschaften nicht blind auf eine der Optionen verlassen. Insbesondere wenn nicht sichergestellt sei, dass sie überhaupt als Lösungsoption taugten.

Doch damit nicht genug. Im Sommer 2019 wurde eine neue Studie des European Environmental Bureau veröffentlicht.² Sie verdeutlicht die Schwachpunkte der Konzepte um „Green Growth“. So müssten mehrere Kriterien erfüllt sein, damit eine absolute Entkopplung tatsächlich als Lösungsoption infrage kommen könnte. Denn als Lösungsoption für unsere globalen Umweltprobleme müsste eine absolute Entkopplung global, über einen längeren Zeitraum und in ausreichendem Umfang stattfinden. Und angesichts der planetaren Grenzen dürften Probleme nicht verlagert werden. Es müsse also ausgeschlossen sein, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel dazu führten, den Biodiversitätsverlust weiter zu verstärken. Nach einer umfangreichen Sichtung relevanter empirischer Studien kommen die Autoren zu dem Schluss: Eine solche Entwicklung gab es in der Menschheitsgeschichte bisher nicht. Zwei weitere breit angelegte Studien³ kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Sie zeigen,

1 <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachstumsposition>
<https://makronom.de/green-growth-beyond-die-vorsorgeorientierte-postwachstumsposition-34398>

2 <https://eeb.org/library/decoupling-debunked/>

3 <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13563467.2019.1598964>
<https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/ab842a>

dass Klima- und Umweltpolitiken bis heute allenfalls eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch bzw. Treibhausgasemissionen erreicht haben. In 18 Ländern, zu denen etwa England, Frankreich und die USA gehören, sanken zuletzt zwar der Energieverbrauch und auch die CO₂-Emissionen bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum. Doch dieses Phänomen war zeitlich und räumlich eng begrenzt. Zudem waren sie weit entfernt von Verringerungen, die notwendig wären, um die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Und selbst wenn es möglich wäre, die Kapazitäten der Erneuerbaren Energien in nie dagewesener Geschwindigkeit zu erhöhen und so die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, würde dies mit enormen Ressourcenverbräuchen einhergehen.⁴ Dies heißt nicht, dass Erneuerbare Energien und Elektroautos nicht Teil der Lösung sind und sein müssen. Doch es ist nicht möglich, gegenwärtige Umweltprobleme signifikant zu verringern, indem fossile Energien und Pkw mit Verbrennungsmotoren einfach durch „grüne Technologien“ ersetzt werden. So kommen die Studien zu dem Schluss, dass relative Reduktionsziele in Form gesteigerter Effizienzen nicht ausreichend, sondern absolute Reduktionsziele notwendig seien. Dies würde bedeuten, Effizienzmaßnahmen durch Suffizienzpolitiken und absolute Mengengrenzungen zu ergänzen.

Nun hat im Herbst 2019 ein erster prominenter „Green Growth“-Vertreter, Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, seine Position revidiert. Noch im Oktober 2018 hatte er in einem Fachzeitschriften-Artikel für „grünes Wachstum“ innerhalb planetarer Grenzen argumentiert. Ein Jahr später bezeichnet er nun in Anbetracht der Ergebnisse der Studien die Idee eines Grünen Wachstums als „wishful thinking“ – als Wunschdenken also, das nichts mit der Realität zu tun habe.⁵

Zuletzt erfolgte am 2. Oktober 2019 ein Paukenschlag. Er verhallte jedoch weitgehend und löste erstaunlicherweise wenig mediales Echo aus. In ihrem Herbstgutachten forderten die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute

4 Selbst in Szenarien, die explizit eine größtmögliche Ressourcenschonung annehmen – wie etwa die RESCUE-Studie des Umweltbundesamts (s. Artikel auf S. 13 ff.) –, steigt der Ressourcenverbrauch für die Transformation stark an: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/szenarien-konzepte-fuer-die-klimaschutz/rescue-wege-in-eine-ressourcenschonende#textpart-1>

5 <https://www.svd.se/onsketankande-med-gron-tillvaxt--vi-maste-agera>

einen Konsumverzicht zugunsten des Klimaschutzes. Konkret sprechen sie in ihrer sogenannten Gemeinschaftsdiagnose⁶ von einem derzeit „nicht-nachhaltigen Konsumniveau“. Dieses könne zwar noch „einige Zeit fortgesetzt werden“. Mit den politischen Klimaschutzzielen sei dies aber kaum in Einklang zu bringen. Notwendig sei es, die hohen heutigen Emissionen „durch Verhaltensanpassungen“ zurückzufahren. Einen solchen Konsumverzicht, so das Gutachten, könne die „Wirtschaftspolitik in einer freiheitlich organisierten Gesellschaft nicht erzwingen“. Sie könne jedoch so lenkend eingreifen, dass er „mehr oder weniger wahrscheinlich“ werde.

Ob diese Impulse die Diskussion und damit auch politische Strategien tiefgreifend verändern werden, bleibt abzuwarten. Die Politik sollte sich in Anbetracht dieser Ergebnisse zukünftig verstärkt mit Möglichkeiten der Unabhängigkeit vom Wirtschaftswachstum beschäftigen. Denn auf eine einzige Möglichkeit zu setzen, die sich als Irrweg herausstellen könnte, wäre angesichts der sich immer weiter verschärfenden Umweltprobleme geradezu fahrlässig.

Im Zuge der Corona-Pandemie wird nun immer wieder über Konjunkturprogramme gestritten. Soll zunächst hauptsächlich die Wirtschaft aus der Vorkrisenzeit gestützt und wiederaufgebaut werden, um anschließend den ökologischen Umbau stemmen zu können? Oder lassen sich die Konjunkturlösungen nicht direkt mit ökologischen Zielen und einem Umbau verbinden? Ist vielleicht gar ein grünes „Neues Wirtschaftswunder“⁷ möglich, wie es ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Unternehmen fordert?

Vergegenwärtigt man sich die hier besprochenen Analysen, wäre vielleicht sogar ein dritter Weg geboten: Die Stabilisierung der Wirtschaft auf einem niedrigeren Niveau. Ein Beispiel bietet der Vorschlag eines Green New Deal for Europe (GNDE)⁸ einer Koalition von Forschern und Aktivisten aus ganz Europa. Nach diesem Plan gäbe es zwar Wachstum in jenen Branchen, die für die Trans-

6 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Hrsg.): Gemeinschaftsdiagnose 2-2019. Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden, Halle (Saale), Herbst 2019, S. 70; http://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2019/10/GD_H19_Langfassung_online.pdf

7 <https://neues-wirtschaftswunder.de>

8 <https://www.gndforeurope.com>

formation von Wirtschaft und Gesellschaft wichtig sind, wie den Erneuerbaren Energien und der energetischen Sanierung, aber vermutlich auch in sozialen Berufen. Gleichzeitig versucht der Plan jedoch explizit auch Forderungen von Seiten der Postwachstumsbefürworter aufzugreifen. Somit soll es nach den Autoren des GNDE nicht darum gehen, ein neues Wirtschaftswunder zu schaffen, sondern ein Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen zu erreichen.

Leon Leuser

*Advisor für Grundsatzfragen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik
adelphi⁹*

Alt-Moabit 91 | 10559 Berlin

Tel.: 030 8900068-382 | Fax: 030 8900068-10

leuser@adelphi.de | www.adelphi.de

⁹ Adelphi ist eine unabhängige Denkfabrik und führende Beratungseinrichtung für Klima, Umwelt und Entwicklung. Adelphi arbeitet interdisziplinär in Forschungsprojekten und bietet strategische Politikanalysen und -beratung sowie Beratungen für Unternehmen an.